

Beschluss des Landrats vom 27.06.2019

Nr. 2690

16. Jahresbericht 2018 2019/198; Protokoll: cr, mko

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) begrüsst den Kantonsgerichtspräsidenten Roland Hofmann. Dieser nimmt gemäss § 54 des Landratsgesetzes von Amtes wegen an der Landratssitzung zur Jahresrechnung und zum Jahresbericht des Kantonsgerichts teil.

Peter Brodbeck (SVP), Präsident der Finanzkommission (FIK), spricht zum Teil Jahresrechnung. Zur Erfolgsrechnung: Der Kanton schliesst das Jahr 2018 mit einem Gewinn im Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung von CHF 55,5 Mio. ab. Budgetiert war, unter Berücksichtigung von Kreditübertragungen und Nachtragskrediten, ein Ertragsüberschuss von lediglich CHF 3,1 Mio. Ohne den ausserordentlichen Aufwand zur Abtragung des Bilanzfehlbetrags aus der Reform der Pensionskasse (BLPK) resultiert ein operatives Ergebnis von CHF 166,6 Mio. Dem betrieblichen Aufwand von CHF 2'716,0 Mio. steht dabei ein Ertrag von CHF 2'808,6 Mio. gegenüber. Das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung ist zu einem bedeutenden Teil der wirtschaftlichen Entwicklung zu verdanken, die sich in der Planung noch nicht abgezeichnet hatte.

Zum Eigenkapital, Selbstfinanzierungsgrad und Finanzierungssaldo: Der Ertragsüberschuss in der Erfolgsrechnung führt zu einer entsprechenden Erhöhung des Eigenkapitals auf neu CHF 435 Mio. Es liegt damit deutlich über dem Warnwert von CHF 229 Mio. Stabil blieb der Selbstfinanzierungsgrad. Mit 119 % liegt er erneut deutlich über dem budgetierten Wert (36 %). Dies bedeutet, dass die Investitionen aus eigener Kraft getragen werden konnten und nicht zu einer Neuverschuldung führten. Der Finanzierungssaldo beträgt CHF +42 Mio. statt wie budgetiert CHF -190 Mio. Damit kann die Nettoverschuldung um CHF 33 Mio. reduziert werden; geplant war ein Anstieg um CHF 190 Mio.

Zur Investitionsrechnung: Statt der budgetierten CHF 297,2 Mio. wurden Nettoinvestitionen von CHF 215,8 Mio. realisiert. Die mit CHF 16 Mio. bedeutendste Unterschreitung betrifft die Investitionsbeiträge für Alters- und Pflegeheime, weil provisorisch bewilligte Projekte bis Ende 2017 keine Bewilligung und damit im Jahr 2018 auch keine Beiträge erhielten. Zudem verzögerten sich die Erneuerung der ARA Basel (ProRhen) und die Projekte der ARA Rhein. Allgemein konnten diverse Projekte infolge Einsparungen nicht oder nur verzögert begonnen werden. Dafür flossen mehr Mittel als budgetiert in den Neubau der FHNW in Muttenz und des Biozentrums Schällemätteli der Universität Basel.

Zu den Strategiemassnahmen und Entlastungen: Das budgetierte Entlastungsziel von CHF 14,2 Mio. wurde mit CHF 14,5 Mio. leicht übertroffen. Die aufgrund von Strategiemassnahmen umgesetzte Stellenreduktion lag mit 59,97 Stellen knapp unter dem Budget (60,99 Stellen). Zum Bericht der Finanzkontrolle: Gemäss Finanzkontrolle entspricht die Jahresrechnung 2018 mit einer Ausnahme den Bestimmungen des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG). Die Finanzkontrolle erteilt ein eingeschränktes Prüfungsurteil. Dies, weil die neue Strategie des Kantonsspitals Basel land zurzeit erarbeitet wird und einen wesentlichen Einfluss auf die Bewertung der Beteiligung und der Darlehen haben könnte. Eine umfassende Bewertungsprüfung kann laut der Finanzkontrolle erst in Kenntnis der neuen Strategie erfolgen. Trotzdem empfiehlt sie dem Landrat, die Staatsrechnung 2018 zu genehmigen.

Zu den Kommissionsberatungen: Die Kommission beriet die Vorlage am 10. April und am 22. Mai 2019. Eintreten war in der Kommission unbestritten. Die Subkommissionen haben die Zahlen der einzelnen Direktionen untersucht und der Kommission Bericht erstattet. Details dazu finden sich im Anhang des Kommissionsberichts.

Während den Beratungen beschäftigte sich die Kommission mit der Ertragsstruktur des Kantons. Der Kanton finanziert sich etwa zu zwei Dritteln aus Steuereinnahmen. Den grössten Anteil davon bestreiten die natürlichen Personen; Basel-Landschaft ist ein «Wohnkanton». Demgegenüber machten die Gewinnsteuereinnahmen im Jahr 2018 lediglich 10 % aus. Sie lagen für das Jahr 2018 leicht unter dem Budget, obwohl sie im Vergleich zur Rechnung 2017 leicht zugenommen haben. Ihr Anteil am Ertrag des Kantons ist gegenüber den Vorjahren leicht gesunken, was sich nach Angaben der Verwaltung allerdings auch daraus erklärt, dass die Einkommenssteuern stärker gewachsen sind. Die Stagnation des Anteils der Gewinnsteuereinnahmen am Ertrag und die Verfehlung des gesetzten Zielwerts von 15 % wurden in der Kommission als nicht verständlich bezeichnet. Es wurde gemutmasst, der Kanton verstehe die Treiber und die Dynamik der Gewinnsteuern noch zu wenig. So wurde an Regierungsrat und Verwaltung appelliert, die Steuereinnahmen von juristischen Personen genau zu analysieren und die Ertragsseite so in den Griff zu bekommen, wie dies in den letzten Jahren auf der Kostenseite gelungen ist. Die bereits ergriffenen Massnahmen seien dahingehend zu prüfen, ob sie auch die richtigen seien. Der Finanz- und Kirchendirektor bekräftigte gegenüber der Kommission, das Anliegen ernst zu nehmen. Aus diesem Grund werde etwa grossen Wert auf die Steuervorlage 17 ([LRV 2018/920](#)) und – in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden – auf Arealentwicklungen gelegt. Um in diesem Bereich Erfolge zu erzielen, brauche es aber einen langen Atem. Weiter wurde darauf hingewiesen, dass die Veranlagung von juristischen Personen jeweils erst in den Folgejahren erfolgen könne. Positive Erträge aus vergangenen Jahren würden also erst in Folgejahren ersichtlich.

Ein weiteres Diskussionsthema in der Kommission war die Nettoverschuldung. Im interkantonalen Vergleich liegt die Nettoverschuldung pro Einwohner des Kantons mit CHF 9'712.– weiterhin hoch. Ihre Last ist durch das aktuelle Tiefzins-Umfeld nicht sehr hoch. Können die Schulden aber nicht vor einer allfälligen Zinsänderung abgetragen werden, müssen sie zu höheren Zinsen refinanziert werden. Wird der soeben erwähnte Betrag auf die Einwohner des Kantons hochgerechnet, so ergeben sich Nettoschulden von etwa CHF 2,7 Mrd. Verändern sich die Zinsen um etwa 1 %, kann dies in der Rechnung des Kantons bald einmal CHF 30 Mio. ausmachen. Deshalb ist diesem Bereich die notwendige Beachtung zu schenken. Dies will der Regierungsrat auch tun, wie der Kommission versichert wurde. In der Kommission wurde empfohlen, dem Schuldenabbau eine höhere Priorität beizumessen, den Abbau voranzutreiben und vor allem entsprechende Pläne aufzustellen, wie der Abbau in den nächsten Jahren erfolgen soll.

Schliesslich diskutierte die Kommission über die Situation verschiedener Beteiligungen. Diese werden den Kanton in Zukunft voraussichtlich stärker beschäftigen, da sie zunehmend mit Herausforderungen konfrontiert zu sein scheinen. Wie von der zuständigen Subkommission erwähnt, steht erstens das Kantonsspital vor einer herausfordernden Ausgangslage, von welcher auch der Kanton massgeblich betroffen ist. Die Subkommission fordert daher eine gute Vorbereitung auf die verschiedenen möglichen Szenarien. Weiter wurden in der Kommission die sich abzeichnenden anspruchsvollen Entwicklungen in Bezug auf die Messe Schweiz (MCH) thematisiert. Im Gegensatz zu den Kantonen Zürich und Basel-Stadt hat sich der Kanton Basel-Landschaft sein Darlehen bisher nicht vorzeitig zurückzahlen lassen. Denn damit wäre ein Zinsverzicht verbunden gewesen. Einem solchen Einnahmeverzicht müsste der Landrat zustimmen. Wie die Verwaltung ausführte, sei der Regierungsrat in Anbetracht der Gesamtsituation zur Überzeugung gelangt, das Darlehen solle gemäss Vertragsbedingungen im März 2021 zurückgezahlt werden. In der Kommission wurde betont, das Risiko, dass der Kanton das Darlehen allenfalls nur teilweise zurück erhalten könnte, sei damit gestiegen. Die Situation sei daher genau zu beobachten. Schliesslich besprach die Kommission Rechnungslegungsfragen in Bezug auf die Universität Basel. Sie stellt fest, dass aus dem Eigenkapitalnachweis der Universität nicht hervorgeht, inwiefern Reserven bestehen. Dies ist für die Trägerkantone jedoch eine sehr wichtige Information. Unter Bezugnahme auf die Landratsvorlage zum Leistungsauftrag 2018–2021 (LRV [2017/245](#)) wünscht der Kanton Basel-Landschaft

seit längerer Zeit einen Wechsel auf den Rechnungslegungsstandard Swiss GAAP FER. Die Kommission unterstützt dieses Bestreben und fordert eine wahre und richtige Darstellung der finanziellen Situation der Universität.

Die FIK beantragt dem Landrat mit 12:0 Stimmen, dem unveränderten Landratsbeschluss zuzustimmen.

Hanspeter Weibel (SVP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK), spricht zum Teil Geschäftsbericht. Der Redner empfiehlt allen, den Bericht der GPK zu lesen, der einen guten Überblick darüber gibt, was im vergangenen Jahr in der Verwaltung gemacht oder nicht gemacht worden ist. Er wünscht sich für das nächste Jahr eine bessere Abstimmung der beiden Kommissionen. Denn er ging davon aus, dass sich die FIK hauptsächlich dem «Zahlenteil» und die GPK den Tätigkeiten widmen würde.

Stichwortartig zu den einzelnen Direktionen: Im Teil der der Finanz- und Kirchendirektion wird ersichtlich, dass im Jahr 2018 im Landrat 257 Vorstösse eingereicht wurden. Es waren immerhin etwas weniger als im Rekordjahr 2017. Der Landratspräsident hat dazu wohl noch genauere Statistiken. In der Steuerverwaltung kam die Frage des Automatischen Informationsaustauschs (AIA) auf. Diese Datensätze wurden nun erstmals an die Kantone geliefert. Im Kanton Basel-Landschaft sind 63'000 Datensätze eingegangen, die nun zu verarbeiten sind. Selbstverständlich muss man damit erst Erfahrungen sammeln. Je nach dem, was dies alles bedingt und man feststellt, dass es sich tatsächlich um interessante Informationen handelt, wird es mehr Personal brauchen.

Einer der Schwerpunkte der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion war die Afrikanische Schweinepest. Hier laufen offenbar Dinge, die in der Öffentlichkeit nicht so wahrgenommen werden.

In der Bau- und Umweltschutzdirektion hat sich die GPK mit den Schwerpunkten und der Übergabe des Amtes befasst. Die Immobilienstrategie ist eine der Herausforderungen – mit der Feststellung, dass der Kanton gar nicht mehr so viele Areale hat, die er für die Entwicklung nutzen könnte. Nun wird eine Strategieänderung überlegt, indem Abgabe im Baurecht versus Verkauf überprüft werden soll. Aber das wird Sache des künftigen Bau- und Umweltschutzdirektors sein. Im Kommissionsbericht festgehalten ist weiter eine Liste «Übergabe der Direktionsgeschäfte». Der künftige Bau- und Umweltschutzdirektor kann hier – sofern er es noch nicht weiss – nachlesen, was ihn alles erwartet.

Bei der Sicherheitsdirektion ist eine interessante Information zum Electronic Monitoring enthalten. Im 2018 haben nämlich 42 Personen insgesamt 4'146 Hafttage auf diese Art verbracht. Das sind pro Person immerhin etwa drei Monate mit Fussfesseln. Die Frage der Einführung des Mobile Computing hat die GPK aufmerksam verfolgt. Es kam immer wieder zu Verzögerungen, die hauptsächlich auf Seiten des Lieferanten zustande kamen. Aber es sieht jetzt so aus, also ob dies nun doch umgesetzt werden könnte. Etwas irritiert hat die GPK die Stellen beim Nachrichtendienst, was aber eher mit der Finanzierung beim Bund zu tun hat. Hier müsste man eigentlich davon ausgehen, dass aufgrund der Gesamtbedrohungslage mehr Personal nötig wäre. Der Bund, der das Personal finanzieren würde, hat dem jedoch nicht zugestimmt. Der Sicherheitsdirektor hat allerdings entschieden, die zusätzlichen 100 Stellenprozente durch den Kanton zu finanzieren.

Zur Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion wird auf den Kommissionsbericht verwiesen.

– *Eintretensdebatte*

Saskia Schenker (FDP) nimmt seitens der FDP-Fraktion Stellung. Wie der Kommissionspräsident ausgeführt hat, gab es ein sehr gutes Jahresergebnis. Im Jahr 2018 konnten zwei Tranchen des Bilanzfehlbetrags abgetragen werden, was insbesondere der guten Wirtschaftslage und den damit einhergehenden höheren Steuereinnahmen zu verdanken ist. Der FDP-Fraktion ist es wichtig, festzuhalten, dass die Hausaufgaben in der letzten Legislatur erledigt wurden. Es wurden wichtige

Grundlagen gelegt, das Finanzhaushaltsgesetz (FHG) in Kraft gesetzt, der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) eingeführt und die Finanzstrategie umgesetzt. Die Rednerin möchte dies alles am letzten Landratstag der Legislatur in Erinnerung rufen. Das Ergebnis konnte erreicht werden, weil die Hausaufgaben erledigt wurden und die guten Instrumente nun zur Verfügung stehen – aber nicht nur. Das Ergebnis konnte schneller erreicht werden dank der Wirtschaftslage. Wie der Kommissionspräsident vorhin sagte, präsentiert sich als Ausgangslage immer noch eine hohe Pro-Kopf-Verschuldung. Zudem besteht weiterhin ein Bilanzfehlbetrag, der über einige Jahre abzuzahlen sein wird. Deshalb muss so weitergearbeitet werden und man muss sich bewusst sein, dass gewisse Risiken bestehen. Die Instrumente müssen gut angewendet werden. Die Rednerin möchte allen Beteiligten herzlich danken, dass man es so weit brachte. In der letzten Legislatur wurden nicht nur einfache Massnahmen umgesetzt. Es war ein wichtiges Zeichen von Regierungsrat und Landrat, als erstes den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kantons etwas zurückzugeben. Ihnen wurde nicht nur ein Teuerungsausgleich gewährt, sondern auch die Reduktion um ein Lohnprozent wettgemacht. Weiter ist die Erhöhung der individuellen Prämienverbilligung bereits dieses Jahr erfolgt. Im Rahmen der Steuervorlage 17 ([LRV 2018/920](#)) ist sogar noch eine weitere Erhöhung vorgesehen. Damit wurden Fakten geschaffen und es ist wichtig, auf dem folgenden Weg zu bleiben: vorsichtiger mit den Finanzen umgehen und nach und nach stärker in die Zukunft investieren.

Paul Wenger (SVP) führt namens der SVP-Fraktion ins Feld, dass die Ergebnisse nicht zuletzt dank einer guten bürgerlichen Absprache zustande gekommen seien. Dies, obwohl man von der linken Seite als rechtskonservativ abgestraft worden ist. Letztlich hat die Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien die von Saskia Schenker erwähnten Punkte ermöglicht. Der Redner hofft, dass die Politikerinnen und Politiker, die in diesem Sinne langfristig denken, in der nächsten Legislatur mit anderen Akteuren im Saal in dieser Art weiterfahren können. Die SVP-Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Die SP-Fraktion, so **Urs Kaufmann** (SP), sei ebenfalls froh, dass der Jahresabschluss so gut ausfiel. Wären die diversen Sonderfaktoren nicht eingetreten, wäre der Abschluss gar noch deutlich besser ausgefallen als der nun ausgewiesene Überschuss von CHF 56 Mio. Für die SP-Fraktion haben der Abschluss und die in den letzten vier Jahren betriebene Finanzpolitik trotzdem ein bisschen einen schalen Beigeschmack. Die bürgerliche Seite hat es nun positiv darzustellen versucht. Gleichzeitig wurde allerdings erwähnt, dass man schon wieder Korrekturen vornehmen musste. So etwa im Bereich des Personals, wo die Lohnkürzung rückgängig gemacht werden musste, oder beim Switzerland Innovation Park ([LRV 2019/255](#)), dessen Jahresbeitrag heute erhöht werden soll. Das sind Beispiele dafür, dass man es mit der Sparpolitik übertrieben hat. Die SP-Fraktion hat immer bemängelt, man gehe viel zu weit. Andere Sparbemühungen waren kontraproduktiv für die Zusammenarbeit gerade mit dem Kanton Basel-Stadt. Dies etwa im Bereich der Universität und der Kultur. Bei diesen Sparbemühungen wollte man unbedingt zugunsten des Kantons Basel-Landschaft so und so viel sparen. Nun hat man in der Abstimmung um die Fusion des Kantonsspitals Baselland mit dem Universitätsspital Basel die Retourkutsche dafür erhalten. Insgesamt hat sich die übertriebene Sparpolitik bereits jetzt in einigen Fällen kontraproduktiv ausgewirkt. Diverse Massnahmen, bei denen man es übertrieben hat, sind nun zu korrigieren. Saskia Schenker hat dies auch schon angekündigt. Die SP-Fraktion sieht deshalb den finanzpolitischen Umgang der letzten vier Jahre sehr kritisch.

Klaus Kirchmayr (Grüne) möchte nicht in die Rückschau einstimmen, sondern freut sich über den wirklich guten Abschluss. Wie Oskar Kämpfer gesagt hat, wäre dieser unter normalen Umständen – ohne Sonderfaktoren – deutlich über CHF 100 Mio. gelegen. Darauf lässt sich für die Zukunft aufbauen. Bezüglich Finanzmanagement ist festzustellen, dass alles, was Verwaltung und Kern-

verwaltung betrifft, gut unterwegs ist. Die Mechanismen und Kontrollen funktionieren, ebenso funktioniert die Führung – so, wie man es sich wünscht.

Nicht ganz so positiv sieht es beim Thema Beteiligungen aus. Der Votant wagt die Prognose, dass in der nächsten Legislatur die Beteiligungen stärker in den Fokus rücken werden. Zuvorderst das Kantonsspital, das schon mehrfach Thema in den Jahresrechnungen des Kantons war. Man muss sich auf schwierige Entscheidungen einstellen, die unter Umständen unter Zeitdruck gefällt werden müssen und die Bilanz letztlich belasten werden. Es ist in der Tat unglücklich, dass der Jahresabschluss bewilligt werden muss, ohne dass die Bilanz des Kantonsspitals ein gültiges Testat vorweisen kann. Das sollte eigentlich nicht passieren.

Ähnlich unzufrieden muss man den Eigenkapitalnachweis der Universität sehen. Dort ist definitiv Spielraum für mehr und bessere Transparenz vorhanden. Es ist sehr zu hoffen und die Regierung wird sehr in ihrem Bemühen unterstützt, dass man diese Transparenz verbessert hinbekommt. Sie ist immer noch der beste Ratgeber, wenn es darum geht, Emotionen rauszunehmen. Denn es ist bekannt, dass die Universität zwischendurch eine ziemlich emotionale Angelegenheit zwischen den beiden Kantonen sein kann. Gleiches gilt für den unglücklichen Bau im Schällemätteli. Auch dort, so musste man gestern erfahren, werden zwischen CHF 30 und 50 Mio. Mehrkosten entstehen. All das ist nicht wirklich lustig für Erfolgsrechnung und Bilanz. Den Votanten nimmt wunder, welche Konsequenzen aus diesen Übungen gezogen werden. Gesamthaft sind die Grünen aber sehr zufrieden mit dem Abschluss, sie werden eintreten und zustimmen. Die Regierung sei dazu aufgerufen, sich den Beteiligungen anzunehmen, so dass die genannten Vorbehalte nicht mehr angebracht werden müssen.

Simon Oberbeck (CVP) sagt, dass auch die CVP/BDP-Fraktion der Jahresrechnung zustimme und eintrete. Einen herzlichen Dank gilt es auch an die Finanzdirektion auszusprechen, die den Turnaround geschafft hat und sich in den vier Jahren – bei harten Entscheiden – einen gewissen Handlungsspielraum erworben hat. Es braucht weiterhin einen verantwortungsvollen Umgang mit den Finanzen, auch im Hinblick auf die neue Legislatur.

Man könnte meinen, so **Daniel Altermatt** (glp), dass es dem Kanton gutgehe. Wenn man aber genauer hinschaut, sieht man, dass er einen ziemlichen Finanzfehlbetrag mit sich schleppt, resultierend aus der guten Zusammenarbeit und den Vorjahren. Es ist richtig, dass der Turnaround einerseits dank Mehreinnahmen und andererseits aus Ausgabendisziplin geschafft wurde. Der Kanton hat noch einen grossen Vorteil: nämlich die 86 Hunde, die er prügeln kann. Auch dies lässt sich aus dem Bericht ersehen, zum Beispiel aus der Entwicklung der Ergänzungsleistungen, wo der Kanton von einem Jahr zum anderen, trotz steigenden Fällen, plötzlich etwa 15 Prozent netto respektive brutto fast CHF 10 Mio. gegenüber dem Vorjahr einsparen konnte. Diese 10 Millionen hat ja wohl kaum das Christkind übernommen, sondern wurden von den Gemeinden getragen. Entsprechend sehen auch die Budgets der Gemeinden aus... Trotz allem ist wichtig, dass sich der Kanton über die nächsten Jahre gesunden kann. Deshalb stimmen auch die Grünliberalen und Grün-Unabhängigen der Rechnung zu.

Oskar Kämpfer (SVP) möchte nicht unterlassen, aus dem Landratssaal abzutreten, ohne die politische Würdigung der Rechnung durch Urs Kaufmann zu kommentieren. Es ist zu hoffen, dass die Wähler diesem gut zugehört haben und seine Art, Bilanzen zu behandeln, entsprechend würdigen werden. Zum Glück konnte Klaus Kirchmayr einige der nach wie vor bestehenden Probleme relativieren und klarstellen, dass die Aussagen von Seiten SP über das unnötige Sparen in der Vergangenheit noch gar nicht wirklich zu Ende sind. Leider ist auch bei Klaus Kirchmayr eine kleine Korrektur anzubringen. Das fehlende Testat für das KSBL ist nicht so dramatisch; es ist nicht inhaltlich schlecht, sondern es handelt sich um formelle Mängel, die korrigiert werden.

Der Votant möchte nicht zu sehr in die Details der sehr komplexen Rechnung gehen, aber, poli-

tisch gesprochen, nochmals auf etwas hinweisen. Wenn man in den letzten vier Jahren nicht immer wieder Korrekturmassnahmen angebracht hätte, gäbe es heute keine politisch stabilen Zustände. Selbstverständlich soll man dann gewisse Korrekturen anbringen, wenn man sieht, dass sich das Portemonnaie wieder füllt. Dies gesteht die SVP nicht nur zu, sondern unterstützt es auch. Es war also keine falsche politische Massnahme, wie Urs Kaufmann das zu nennen pflegte, sondern ein Zeichen der Zeit. Einige Vorredner haben betont, dass derartige Massnahmen unter Umständen auch in Zukunft wieder angeschaut werden müssen. Die neue Zusammensetzung des Landrats lässt ihn da nicht nur Gutes erahnen. Deshalb ist es sicher richtig, wenn man die Worte von Simon Oberbeck beherzigt, der gesagt hatte, dass verantwortungsbewusstes Handeln auch nachher angesagt ist. Das ist deutlich zu unterstützen. Der Votant bittet, auch in Zukunft gut zu den Staatsfinanzen zu schauen.

Regierungsrat **Anton Lauber** (CVP) blickt zurück, als vor vier, fünf Jahren folgende Meinungen an ihn herangetragen wurden: erstens komme der Kanton nie mehr aus den roten Zahlen raus, zweitens hiess es, er komme wirtschaftlich nicht mehr vorwärts. Zusammen mit Klaus Kirchmayr freut er sich, die zweite schwarze Rechnung hintereinander präsentieren zu können. Man denke daran, was für Warnrufe, Drohungen und Meinungen er in den letzten Jahren immer wieder hören musste. Der Votant ist der Meinung, dass der Kanton konsolidiert ist. Man muss aber mit Vorsicht daran weiterarbeiten und in die Zukunft schauen. Selbstverständlich kann man darüber streiten, ob man den Turnaround nun über das Sparen oder über die Wirtschaft geschafft hat. Das ist lustig – er hat mit nichts anderem gerechnet. Zum Glück hat man beides gemacht. Es geht darum, dass der Kanton Steuergelder erhält, die verantwortungsbewusst und mit Augenmass ausgegeben werden müssen. Das war vielleicht vor 2013 nicht immer der Fall. Heute hat sich die Regierung dies zum Ziel gesetzt. Man wird diesen Kurs mit Blick auf die Kosten und die Ausgaben weiterverfolgen, mit Augenmass. Wer sagt, man habe zu viel gespart, irrt. Das Kostenwachstum konnte gedämpft werden. Dies bei einem nach wie vor bestehenden Wachstum der Kosten bei der Gesundheit, bei der Bildung und der sozialen Sicherheit. Summa summarum konnte der Kanton dennoch um CHF 278 Mio. entlastet werden, was zwingend notwendig war.

Weiter konnte man hören, der Wirtschaft gehe es schlecht, es gehe nicht vorwärts. Das stimmt nicht. Die Wirtschaft im Kanton prosperiert, man wird nach wie vor auf eine gute Wirtschaft bauen können. Man sollte die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen nicht unterschätzen, wenn sie «nur» 10 % ausmachen. Letztendlich werden dort die Einkommen generiert, die über die Einkommenssteuer wieder beim Kanton landen. Diese sind im ganzen Baselbiet erfreulicherweise gewachsen.

Zum ebenfalls angesprochenen Thema der Gemeinden ist zu sagen, dass die EL-Obergrenze notwendig wurde, weil die Kosten langsam aus dem Ruder liefen. Letztendlich wird dies auch im Sinne der Gemeinden sein, die übrigens intensiv mitberaten und mitbeschlossen haben, um das Wachstum in dem Bereich in den Griff zu bekommen. Eine EL-Obergrenze ist dafür wichtig. Eine Mär, die man immer wieder hört, hat mit der mangelnden Prosperität und Entwicklung des Kantons zu tun. Der Votant regt an, mal den Blick auf den Life Science-Cluster in Allschwil mit dem Tropeninstitut und dem Swiss Innovation Park zu richten. Hier entsteht eine ganz tolle Life Sciences-Region, in der für den Kanton Basel-Landschaft durchaus Chancen drin liegen. Man schaue auch nach Muttenz auf den Berufsbildungscluster, und als Drittes sei auf das Dreispitz-Areal in Münchenstein verwiesen. Einen wichtigen Teil der Uni – nämlich die Juristische und die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät – konnte man ins Baselbiet an einen Top-Standort holen, der noch sehr viel Entwicklungspotential enthält. Wer also sagt, Baselland bleibe stehen, tut dies offenbar eher politisch motiviert. Objektiv betrachtet hat sich doch einiges getan.

Dies gilt z.B. auch für den Pfeffingerring in Aesch, den man zum Vollanschluss ausbauen möchte. Oder für das Altersleitbild, das entwickelt wurde. Oder die ganze Thematik der Sozialhilfe- und

Armutsstrategie, an der man am Arbeiten ist. Wie gesagt – es ist einiges am Tun. Mit anderen Worten heisst das: Der Kanton ist gut aufgestellt. Der Votant freut sich auf die Zukunft. Man wird weitermachen, mit Augenmass und verantwortungsbewusst. Denn es sind Steuergelder, die ausgegeben werden.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortmeldungen.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Mit 78:0 Stimmen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

***Landratsbeschluss
betreffend Jahresbericht 2018***

vom 27. Juni 2019

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

- 1. Der Jahresbericht 2018 wird genehmigt.*
 - 2. Vom Bericht der Finanzkontrolle zum Jahresbericht 2018 wird Kenntnis genommen.*
 - 3. Von den Kreditübertragungen 2018 auf 2019 wird Kenntnis genommen.*
 - 4. Von der gesonderten Berichterstattung über die Kreditüberschreitungen wird Kenntnis genommen.*
-